

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten frei im Hause monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenverlage entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für den Anzeiger für das Erzgebirge 2.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 2.00 Mark, für den Anzeiger für das Erzgebirge 2.00 Mark. Bei größeren Abnahmen auf Wunsch.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 70

Donnerstag, den 23. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichspräsident hat den Geheimrat Dr. Wiebels zum Botschafter in Washington ernannt.

Im Hauptauschuß des Reichstages äußerte sich der Reichsverkehrsminister Gröner ausführlich über die gegenwärtige Lage der Reichseisenbahnen und kam zu dem Schluß, daß eine 40prozentige Erhöhung der Gütertarife ab 1. April notwendig sei.

Nach einer Pariser Cabaretmeldung hat Wolcarr jetzt endgültig darauf verzichtet, nach Genä zu gehen.

Blond George's Presse teilt mit, daß er in der ersten Wochensiege die Regierungspolitik für Genä, wo er zwei Wochen bleiben wolle, in einer Unterhausrede entwickeln werde, um sich dann ein Vertrauensvotum geben zu lassen.

Der neue Reparationswahnwitz.

Deutschland unter Vormundschaft der Entente.

Unmittelbar vor der Verabschiedung der neuen Steuererlasse, die das deutsche Volk bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und teilweise darüber hinaus belasten, ist die Entscheidung der Reparationskommission in Paris eingetroffen. Sie geht an Schärfe und Unerbittlichkeit, an wirtschaftlichem Unverständnis und politischer Unerschrockenheit weit über alles hinaus, was selbst Westmächten vorausgesagt hatten. Sie wirkt unheilvoll auf das deutsche Volk und auf die deutsche Wirtschaft. Sie ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Entente, die Steuererlasse bis Ende dieser Woche, wie geplant war, beendet oder als zwecklos abgebrochen werden ließ, ob die im Reichstag umlaufenden Gerüchte einer unmittelbar bevorstehenden Regierungserklärung erfüllt werden oder nicht, darüber wird sehr bald Klarheit geschaffen werden.

Der Inhalt der neuen Forderungen der Reparationskommission zerfällt in drei verschiedene Teile. Am wenigsten Überraschung bringt der

festgestellte Zahlungsplan,

der sich im großen und ganzen an die Bestimmungen hält, die bereits in Cannes vereinbart waren. Danach sollen die Zahlungsvorschüsse des Londoner Ultimatums für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in Barzahlung und auf 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen herabgesetzt werden. Nach dem Londoner Ultimatum hätten wir 2 Milliarden und 26 Prozent von der Ausfuhr zu zahlen gehabt, die im letzten Jahr angeblich eine Milliarde erbracht haben. Statt dieser zusammen 3 Milliarden jährlich sollen also für 1922 nur 2175 Millionen Goldmark aufgebracht werden. Der ganze Nachschuß beträgt demnach 825 Millionen oder rund 30 Prozent. Das ist wahrhaftig keine übermäßige Milderung und sicherlich immer noch weit mehr, als Deutschland in seiner jetzigen Lage bei der fortgesetzten Geldentwertung zu leisten imstande ist. Es wird aber überdies noch ausdrücklich betont, daß diese Erleichterung hinfällig wird, falls die Deutsche Regierung oder ihre Organe bei den Sachleistungen Obstruktion treiben sollten. Die Entscheidung darüber, ob aus Obstruktion oder aus sachlicher Unmöglichkeit die Zahlungen verzögert werden, befaßt sich ebenfalls die Reparationskommission vor. Damit bleibt das Damoclesschwert unermesslicher Ententeleistungen ständig über dem deutschen Wirtschafts- und Finanzleben schweben und bedroht nicht nur die Kreditfähigkeit und die Gesundung der deutschen Wirtschaft, sondern die Existenz des deutschen Volkes.

Schlimmer als der Zahlungsplan sind die Bestimmungen, die als

Garantien für die Durchführung dieses Planes

bezeichnet werden. Es wird nämlich in der Note der Reparationskommission behauptet, die von der Deutschen Regierung angebotenen Maßnahmen und Garantien, die in den bekannten weitgehenden Tarifserhöhungen und in den 14 neuen Steuererlassen bestehen, seien ungenügend. Die Reparationskommission fordert deshalb eine Zusatzsteuer, die eine völlige Deckung des Reichshaushalts einschließlich der Reparationsschuld sicherstellt. Auf Grund der Nachprüfung des deutschen Reichshaushalts kommt hierbei die Entente zu der Forderung einer Zusatzsteuer von 60 Millionen Papiermark, also zur Forderung einer Verdoppelung der bisherigen neuen Steuern.

Dabei wird aber noch verlangt, daß sich diese Zusatzsteuer automatisch einer etwa fortschreitenden deutschen Geldentwertung anpassen, und daß diese neue Steuerart bis zum 31. Mai in Kraft gesetzt werden und bis zum 31. Dezember 1922 bereits 40 Millionen Papiermark erbracht haben soll. In welcher Form diese neue Steuer auszusprechen sei, das überläßt man gütigst der Erfindungsgröße der deutschen Steuerfachverständigen; man schreibt ihnen nur vor, daß die Veranlagung möglichst einfach sein müsse, um schnell Erfolge zu haben. Von allen steuerrechtlichen Verstößen dieser Forderung abgesehen, werden sie das deutsche Wirtschafts- und Finanzleben derart belasten, daß die deutsche Valuta immer tiefer sinken und das zu bedenkliche Defizit im Reichshaushalt immer größer sein muß.

Geradezu ungeheuerlich und unannehmbar sind aber schließlich die

Kontrollmaßnahmen,

die die Reparationskommission ankündigt. Sie will durch ihren Garantieauschuß nicht nur in jedem Augenblick nachprüfen, ob die deutsche Steuererhebung den neuesten Forderungen genügt und welche Erträge sie bringt, sondern sie behält sich eigene Eingriffe in die deutsche Finanzhoheit vor für den Fall, daß nach Ablauf kurz bemessener Fristen die von ihr vorgeschriebenen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind oder sich nicht als ausreichend erwiesen haben. In diesem Falle will sie nicht nur eine Erhöhung der deutschen Einnahmen, sondern auch eine Verminderung der Ausgaben anordnen können. Das bedeutet in Wirklichkeit also die Befugnis der Reparationskommission, jederzeit von sich aus Steuern auszusprechen, Tarife zu erhöhen oder aber Minderbezahlung von Beamten und Staatsarbeitern, Entlassung von nach ihrer Ansicht überflüssigen Hilfskräften und andere einschränkende Maßnahmen zu treffen. Das geht weit über die Finanzhoheit früherer Zeiten hinaus und übertrifft an demütigender Härte selbst die Vorschriften, die sich die Türkei und andere bankrotte Staaten früher gefallen lassen mußten. Demgegenüber spielen die weiteren Forderungen, die die Kontrolle über die Ausfuhr, über den Eingang der Devisen, über die Rückkehr der nach dem Ausland geschickten Kapitalien, die Verhinderung der Kapitalflucht und die volle Unabhängigkeit der Reichsbank betreffen, eine verhältnismäßig nebensächliche Rolle. Wie zum Lohn wird schließlich noch von dem derartig geknechteten deutschen Volke eine innere deutsche Anleihe neben der Pfandbriefanleihe bis zum 30. April und der Entwurf von Bedingungen für die Auslegung einer äußeren Anleihe sowie die Berufentwählung einer Vorkriegsstatistik wirtschaftlicher und finanzieller Art gefordert. Als ob in Deutschland und im Ausland noch Finanzkräfte vorhanden wären, die nach solchen Bedingungen Geld für innere oder äußere Anleihen hergeben! Die Auswirkungen dieses neuesten Ententeplans müssen zunächst mit möglicher Ruhe und innerer Geschlossenheit abgewartet werden. Jetzt kann nur noch Einigkeit und Festigkeit vor dem Untergang retten.

Der Eindruck der Reparationsentscheidung in Berlin.

Der Auszug aus der Note der Reparationskommission, der gestern mittig in Berlin vorlag, hat im Reichstag einen geradezu deprimierenden Eindruck hervorgerufen. Eine offizielle Äußerung der Reichsregierung dürfte erst erfolgen, wenn der Wortlaut der Entscheidung, die in der Form eines Briefes an den Reichskanzler zur Mittagszeit überreicht wurde, vorliegt, und das Kabinett sich mit diesem Schreiben befaßt haben wird. Man hatte, wie von parlamentarischer Seite erklärt wird, von der Entscheidung der Reparationskommission auf das Stundungsversuchen der deutschen Regierung eine finanzielle Erleichterung erwartet. Die Entscheidung, so wie sie gefallen ist, bedeutet aber das gerade Gegenteil. Gestern nachmittag wollte das Kabinett sich mit der Entscheidung der Reparationskommission beschäftigen, ebenso die Fraktionen, wenn ihnen der Wortlaut des Schreibens an den Reichskanzler vorläge. In den Parteien wurde auch die Frage ventiliert, ob nicht angesichts der Note der Reparationskommission das Steuerkompromiß erschüttert und hinfällig geworden sei. Die außenpolitische Lage werde als außerordentlich angesehen. Über Paris kommenden Nachrichten, die von Rücktrittsdiskussionen des Kabinetts' Wirts wissen wollen, werden in den Wandelgängen des Reichstages große Bedeutung beigemessen. Auch in der Pariser Presse zeigt sich größte Bestürzung über die ungeheuerlichen Forderungen des Feindbundes. Die meisten Blätter haben sich ihre Stellungnahme zu dieser Entscheidung der Reparationskommission noch vorbehalten.

Das Echo der Berliner Presse.

Die gesamte Berliner Abendpresse ist einig im Urteil über die Unerträglichkeit und Unmöglichkeit der Forderungen der Reparationskommission.

Das Berliner Tageblatt (demokratisch) bemerkt dazu: In parlamentarischen Kreisen sieht man in der Note mit ihren Brisierungen nicht nur einen fast unerträglichen Eingriff in die gesetzgeberische Souveränität, sondern ist auch der Ansicht, daß schon durch die bisherigen Steuern die Steuerkraft des deutschen Volkes bis zu ihren äußersten Grenzen erschöpft ist. Welche Folgen die Note auf die innerpolitische Gestaltung der Verhältnisse haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Die Sozialistische Zeitung (demokratisch) schreibt unter der Ueberschrift: Das unmögliche Rezept: Die neuen Steuern im Jahresbetrage von 80 Milliarden, die die Reparationskommission verlangt, sollen indirekte, also Verbrauchs- und Verlehrssteuern sein. Natürlich ist es möglich, auf Befehl der Entente solche Steuern einzuführen, die auf dem Papier und schließlich vielleicht sogar im Papier den erwünschten Ertrag bringen. Aber gegen das Papiergeld, in dem sie ihn am Ende bringen werden, wird die Papiermark von heute noch Gelbvaluta sein.

Der Vorwärts (Soz.) äußert sich u. a. folgendermaßen: Es muß ganz klar gesagt werden: es gibt keinen Menschen in Deutschland, der den gegenwärtigen Zustand, wie er in der Entscheidung der Reparationskommission klar zu Tage tritt, volkswirtschaftlich und staatsrechtlich für die Dauer als erträglich betrachten würde. Will man nicht den Weg gehen, der zu einer völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führt — und man kann ihn nicht gehen — dann muß das Schuldenverhältnis Deutschlands zu den Alliierten sobald wie möglich zu einem normalen gemacht werden, wie es in einem gesunden Gesellschaftsleben üblich ist, d. h. es muß ein Ende haben mit dem System der Zwangsbelegungen und der kaum noch verfallenden Schuldneuschuld.

Die Zeit (D. Sp.) schreibt: Das neue Diktat bedeutet gegenüber dem Erfüllungswillen der deutschen Regierung eine neue Unmöglichkeit der Erfüllung. Die Folge dieser neuen Steuerbelastung muß ein Einlegen unserer Wirtschaft sein. Die Valuta muß weiter sinken und Arbeitslosigkeit, Teuerung, Wohnungslosigkeit, Streiks im Gefolge haben. Wir stehen vor der kritischsten Phase unserer Erfüllungspolitik. Es wird uns abermals Unmögliches zugemutet, und wir stehen vor der Frage, ob wir das Unmögliche wiederum zu erfüllen versuchen werden, obwohl wir wissen, daß der Ruin von innen heraus umso sicherer bevorsteht.

Die Deutsche Tageszeitung (Deutschnational-agrarisch) betont, die Forderung der Entente bedeute auch den restlosen Zusammenbruch der Erfüllungspolitik. Die Folge dieser neuen Steuerbelastung muß ein Einlegen unserer Wirtschaft sein. Die Valuta muß weiter sinken und Arbeitslosigkeit, Teuerung, Wohnungslosigkeit, Streiks im Gefolge haben. Wir stehen vor der kritischsten Phase unserer Erfüllungspolitik. Es wird uns abermals Unmögliches zugemutet, und wir stehen vor der Frage, ob wir das Unmögliche wiederum zu erfüllen versuchen werden, obwohl wir wissen, daß der Ruin von innen heraus umso sicherer bevorsteht.

Der nächste Luftkrieg.

Das Streben der siegreichen Ententestaaten geht bekanntlich angeblich dahin, es nie wieder zum Krieg kommen zu lassen, und aus diesem idealen Grunde ist auch der Völkerbund ins Leben gerufen worden. Den Anfang hat man damit gemacht, daß man Deutschland in einen so vollkommenen Zustand der Wehrlosigkeit versetzt hat, daß es heute selbst nicht in der Lage wäre, sich mit Erfolg etwa gegen den Raubstaat Polen zu wehren. Indessen trauen die Ententestaaten selbst dem Frieden ganz und gar nicht und handeln nach wie vor nach dem alten Grundsatz: Wenn du den Frieden willst, so rüste dich für den Krieg. In Amerika ist die Fabrication der Giftgas auf eine ganz unvorstellbare Höhe gelangt, und in England sieht man sich genötigt, sich besonders liebevoll dem militärischen Luftschiffbau zuzuwenden. Wenn der englische Luftschiffbauminister bei der Anbringung seines Hausbesuchs im Unterhause mit starker Betonung auf die Rolle hinwies, die die deutschen Flugzeuge bei ihrem letzten Angriff auf London gespielt haben, und dazu bemerkte, in Zukunft würden bei derartigen Angriffen vielleicht von zehnmal mehr Flugzeugen Bomben von zehnmal größerem Gewicht und mit wenigstens vier bis fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen werden, so geschah das nach dem alten Sprichwort, daß man auf den Schwanz und den Kopf meint. Natürlich dachte der englische Minister dabei keinen Augenblick etwa an die deutsche Gefahr, sondern an den lieben französischen Freund